

# 1. Demokratische Erneuerung fängt in der Kommune an

Wir sind uns sicher: Unser Land braucht eine demokratische Erneuerung! Wir wollen, dass gute Argumente und Konzepte wieder eine Chance bekommen, konkrete Politik zu werden, wir wollen die Verkrustung, die die alten Parteien auf allen Ebenen verursacht haben, aufbrechen.

Die Demokratie in unserem Land befindet sich in einer tiefen Krise. Der politische Diskurs ist vergiftet. Vermeintliche und tatsächliche politische Gegner werden aus der selbsternannten „politischen Mitte“ auf unlautere Weise diffamiert und diskreditiert. Im Fokus dieser Angriffe steht auch das BSW. Das haben wir nicht nur im Bundestagswahlkampf gemerkt. Wir lassen uns davon nicht einschüchtern, wir wissen, dass das BSW gebraucht wird. Wir wenden uns gegen die Spaltung der Gesellschaft, die von den etablierten Parteien - unterstützt von großen Teilen der Medien - verursacht wird, indem vom Mainstream abweichende Meinungen systematisch an den Rand gedrängt und diskreditiert werden.

Das BSW vertritt als einzige Partei in Deutschland einen klaren Kurs, der in der internationalen Politik auf Diplomatie und Interessenausgleich setzt, statt auf Eskalation und Aufrüstung. Den Schutz der Bürgerrechte gegenüber dem übergriffigen Staat und großen Tech-Unternehmen vertritt nur das BSW glaubwürdig. Dazu gehört unsere Forderung nach einer umfassenden Aufarbeitung der Coronapolitik - auch der niedersächsische Landtag braucht dazu einen Untersuchungsausschuss. Wir sind der Auffassung, dass NGOs (*Non-Governmental Organisations*) nur dann mit öffentlichen Geldern unterstützt werden dürfen, wenn sie unabhängig sind, und nicht Meinungsmache für Regierungen oder Parteien betreiben oder gar oppositionelle Ansichten diffamieren. Wir wollen eine gerechte Leistungsgesellschaft, die niemanden zurücklässt. Wir wollen nicht, dass die absehbaren Zinszahlungen für die Kriegskredite der Regierung Merz zulasten der Arbeitnehmer und des Mittelstands gehen oder zulasten derer, die bereits jetzt kaum über die Runden kommen.

Die Krise unserer Demokratie hat ihre Ursachen in der schlechten und ideologiegetriebenen Politik der alten Parteien, die die soziale Spaltung befördert hat und keine Antworten auf die wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen unserer Zeit gibt. Die unfähigen Regierungen der letzten Jahre haben zugesehen, wie unsere Infrastruktur immer weiter zerbröckelt und dass Deutschland international immer weiter abgehängt wird. Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte haben die Regierungen viele Entscheidungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben und damit das Gemeinwohl hinter das Dogma von Wettbewerb und Konkurrenzdenken zurückgestellt. Dieses Politikmodell ist an seine Grenzen gekommen.

Wir stehen für eine gemeinwohlorientierte Politik im Sinne der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen wegkommen von der Kommerzialisierung und Überregulierung aller Lebensbereiche. Die überbordende Bürokratie ist nicht nur im Alltag ärgerlich und hinderlich für die Wirtschaft, sie schwächt auch den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen die alltäglichen Probleme der Menschen in den Blick nehmen und lösungsorientierte Ideen entwickeln. Das BSW ist das Gegenmodell zu den verkrusteten und ideologisierten Angeboten der anderen Parteien.

Bei der Bundestagswahl haben uns in Niedersachsen fast 190.000 Wähler ihr Vertrauen geschenkt. Das ist kein schlechtes Ergebnis, stellt uns aber noch lange nicht zufrieden. Wir haben gerade erst angefangen. Vor uns liegt der Aufbau unseres Landesverbands. Wir wollen noch in diesem Jahr in ganz Niedersachsen Gebietsverbände gründen. Ein Meilenstein wird die Kommunalwahl im Herbst 2026 sein. Unser Ziel ist, bei möglichst vielen Kreistagswahlen,

46 Gemeinderatswahlen und bei den Wahlen zu den Räten der kreisfreien Städte anzutreten.  
47 Nachdem wir laut dem offiziellen Ergebnis den Einzug in den Bundestag vorerst nicht geschafft  
48 haben, werden wir umso entschlossener den Weg des politischen Neuanfangs über die  
49 Kommunen und die Verankerung vor Ort gehen. Wenn wir den Zustand unseres Landes sehen,  
50 wissen wir, dass es keine Zeit für politische Bescheidenheit gibt: Wir wollen nicht weniger als  
51 eine Wiederherstellung unserer Demokratie.

52

## 53 **2. Was vor uns liegt**

54 Als junge Partei sind unsere Strukturen noch nicht voll entwickelt. Vor uns liegt die Gründung von  
55 Kreisverbänden, die jeweils aus mehreren Landkreisen bzw. kreisfreien Städten bestehen  
56 werden. Das soll noch in diesem Jahr in ganz Niedersachsen passieren. Den Vorstand für diese  
57 Kreisverbände sollen dabei jeweils Sprecherräte mit mehreren Mitgliedern bilden, damit alle  
58 Kreise und kreisfreien Städte darin abgebildet werden können. Innerhalb der  
59 Kreisverbände sollen gewachsene Strukturen, Stammtische, Mitglieder- und Unterstützertreffen  
60 des BSW in einzelnen Gemeinden bzw. Städten oder Landkreisen gepflegt und ausgebaut  
61 werden.

62 Die Aufgabe der Kreisverbände besteht darin, die politische Arbeit der Partei vor Ort zu  
63 organisieren. Dafür erhalten die Kreisverbände ein Budget sowie die Möglichkeit nach Außen für  
64 die Partei zu werben und an der innerparteilichen Willensbildung mitzuwirken. Das höchste  
65 Gremium der Kreisverbände ist der Kreisparteitag, der mindestens einmal im Jahr  
66 zusammenkommt und bis zu viermal im Jahr stattfinden kann. Zwischen den Parteitag des  
67 Kreisverbands führt der Sprecherrat die Geschäfte des Verbands. Dieser wird in der Regel alle  
68 zwei Jahre auf einem Parteitag gewählt.

69 Wenn es gut arbeitende Strukturen mit genügend Mitgliedern gibt, kann es mit Zustimmung des  
70 Landesvorstands Ausgründungen von Kreisverbänden auf der Ebene der kreisfreien Städte und  
71 Landkreise geben. Das BSW Niedersachsen wird in den nächsten Monaten um viele hundert  
72 Mitglieder wachsen; wir freuen uns auf unsere neuen Parteifreundinnen und -freunde und  
73 werden sie in unsere Arbeit vor Ort integrieren. Wir wollen ins Gespräch kommen mit den  
74 Bürgern vor Ort, mit den Vereinen, Initiativen, Gewerkschaften und Interessenverbänden.

75 Bereits jetzt müssen wir beginnen die Kommunalwahl im Herbst 2026 vorzubereiten. Unser Ziel  
76 ist es, bei möglichst vielen Kreistags- und Gemeinderatswahlen anzutreten. Dabei wird der  
77 Landesvorstand eng mit den Sprecherräten in den Gebietsverbänden und den Mitgliedern in den  
78 Kommunalen Gebietskörperschaften zusammenarbeiten. Der Landesvorstand wird in  
79 Zusammenarbeit mit den Mitgliedern ein Kommunalwahlrahmenprogramm erarbeiten. Dabei  
80 können wir auf eine Reihe erfahrener Kommunalpolitiker zurückgreifen, die den Landesvorstand  
81 unterstützen. Das Rahmenprogramm kann durch die Mitglieder in den Kommunen ergänzt  
82 werden, indem die Problemlagen vor Ort berücksichtigt werden.

83 Die BSW-Mandatsträger und Fraktionen, die wir bei der Kommunalwahl gewinnen werden,  
84 vertreten das Programm und die Werte unserer Partei und unterstützen sie bei dem Aufbau von  
85 Parteistrukturen. Eine Grundlage für die Ausarbeitung unseres  
86 Kommunalwahlrahmenprogramms bilden die folgenden kommunalpolitischen Eckpunkte.

87

## 88 **3. Kommunalpolitische Eckpunkte 2026**

89

90 Wir werden auf allen wichtigen kommunalpolitischen Feldern ein politisches Angebot  
91 erarbeiten, das zu den politischen Leitlinien der BSW-Bundespartei passt. Als übergeordnete  
92 Forderung zu unseren kommunalpolitischen Eckpunkten vertreten wir, dass die Finanzierung der  
93 Kommunen so ausgestaltet werden muss, dass sie über ihre Pflichtaufgaben hinaus wirksam  
94 werden können und einen Beitrag zum Wiederaufbau unserer Demokratie leisten können.

95

### 96 **3.1 Arbeit und Soziales**

97 Kommunen vergeben zahlreiche Aufträge für die Sanierung der Infrastruktur, im Bauwesen, bei  
98 der Gebäudereinigung und in weiteren Dienstleistungsbereichen. Wir wollen, dass die Vergabe  
99 von Aufträgen durch die öffentliche Hand nur an solche Unternehmen erfolgen darf, die die  
100 tariflichen Bestimmungen und Arbeitsbedingungen der jeweiligen Branche einhalten. Dies muss  
101 auch bei der Vergabe von Fördermitteln gelten.

102 Die Auslagerung von kommunalen Beschäftigungsverhältnissen lehnen wir ab. Die Reinigung  
103 öffentlicher Gebäude und kommunale Dienstleistungen gehören in der Regel in die öffentliche  
104 Hand. In diesen Bereichen setzen wir auf kommunale Verbünde und Kooperationen, die  
105 Aufgaben wie die Abfallentsorgung, Gartenarbeiten, Reinigungsdienste, Straßenunterhalt oder  
106 Winterdienste durchführen.

107 Der Auswuchs an Koordinierungs- und „Beauftragtenstellen“ muss auf das Notwendigste  
108 begrenzt werden. Solche Stellen dürfen keinesfalls zur Gängelung von bürgerlichen Freiheiten  
109 führen oder für die Anmaßung hoheitlicher Aufgaben genutzt werden.

110 Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II) sollen die Job-  
111 Center bei den Richtlinien zur Zumutbarkeit der Arbeit, die konkreten Lebensumstände und  
112 bisherige Berufspraxis der Betroffenen berücksichtigen. Unzumutbare Arbeitsangebote können  
113 sanktionsfrei abgelehnt werden. Die Mitarbeiter der Job-Center müssen so qualifiziert werden  
114 und Arbeitsumstände vorfinden, die es ihnen ermöglichen, die Betroffenen zu unterstützen und  
115 zu begleiten, um einen Arbeitsplatz zu finden, der für einen guten Lebensunterhalt auskömmlich  
116 ist.

117

### 118 **3.2 Wohnen und Bauen**

119 Die Kommunen haben die Aufgabe, ausreichend günstiges Bauland, insbesondere für junge  
120 Familien auszuweisen. Außerdem können sie entscheidend daran mitwirken, ein gutes Angebot  
121 an Mietwohnraum bereitzustellen, das den Wohnungsmarkt entlastet und zu günstigeren  
122 Preisen führt. Da in den letzten Jahren die Grundstückspreise explodiert sind, sind die  
123 Kommunen in diesem Bereich besonders gefordert.

124 Für die größeren kreisfreien Städte und die Landkreise fordern wir kommunale  
125 Wohnungsbaugesellschaften. Abhängig von der Situation vor Ort können auch kommunale  
126 Zweckverbände sinnvoll sein. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften wirken sich über zwei  
127 Faktoren direkt mietmindernd aus: 1. darüber, dass sie nicht gewinnorientiert, sondern nur  
128 kostendeckend arbeiten und 2. die Kommunen können auf eigenen Grundstücken bauen, womit  
129 ein großer Kostenfaktor für die Mietpreise entfällt. Indirekt können alle Mieter profitieren, da das  
130 Angebot an günstigem Wohnraum steigt.

131 Vor allem für junge Familien, sowie für kommunale Wohnungsbaugesellschaften und  
132 Wohnungsbaugenossenschaften, ist die Möglichkeit der Vergabe von Erbpachtgrundstücken zu  
133 günstigen Zinsen eine Möglichkeit günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Familie der Erbpächter  
134 muss bei Ablauf der Pachtzeit (zwischen 60 und 99 Jahren) ein Vorkaufsrecht haben.

135 Wir wenden uns nicht gegen Investoren, die auf kommunalen Grundstücken Wohnraum  
136 schaffen. Hier muss es eine Sozialquote geben, die Abhängig von der durchschnittlichen  
137 örtlichen Miethöhe zwischen 10%-50% des geschaffenen Wohnraums umfassen sollte.

138 Entscheidend für eine vernünftige Wohnungs- und Baupolitik ist die Mischung, die abhängig von  
139 den örtlichen Verhältnissen unterschiedlich sein kann.

140

### 141 **3.3 Gesundheitspolitik: Für eine flächendeckende ortsnahe Versorgung**

142 Wir wenden uns gegen die Schließung von Krankenhäusern und setzen uns für eine  
143 flächendeckende und ortsnahe Versorgung durch Haus- und Fachärzte ein. Gerade für die  
144 Notfallversorgung sind kurze Wege wichtig. Die Schließung von Krankenhäusern und  
145 Gesundheitseinrichtungen lehnen wir ab. Die Kommunen sind gefordert, die kommunalen  
146 Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen auf den neusten Stand zu bringen und das Land  
147 aufzufordern, seinen Investitionsaufgaben in ausreichendem Umfang nachzukommen. Die  
148 Ausgliederung von Servicebetrieben aus den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes lehnen wir  
149 ab.

150

### 151 **3.4 Keine weitere Belastung für die Bürger – gegen die Erhöhung von Gebühren**

152 Durch die wirtschaftliche Misere der letzten Jahre geraten viele Kommunen zunehmend in eine  
153 prekäre Situation. Der Ruf nach der Erhöhung von Gebühren und kommunalen Steuern wird  
154 lauter. Dagegen beziehen wir eindeutig Position. Die Finanzierung der Kommunen muss vielmehr  
155 über Finanzausgleiche mit dem Bund und den Ländern sichergestellt werden.

156 Wir sprechen uns gegen höhere Parkgebühren aus. Bei der Abfallentsorgung hat sich die  
157 Privatisierung in vielen Fällen als Irrweg erwiesen. Abfallgebühren müssen bezahlbar bleiben.  
158 Straßenausbaugebühren treffen einzelne Anwohner häufig zufällig und willkürlich. Wir fordern  
159 deren Abschaffung. Wir sprechen uns gegen die aufkommende Idee von Verpackungssteuern  
160 aus. Diese nutzen nicht der Umwelt, sie machen vor allem das Leben der Menschen teurer.

161 Wir fordern die Gründung eines landeseigenen Investitionsfonds, der die Kommunen bei  
162 Investitionen unterstützt und mit notwendigem Kapital versorgt.

163

### 164 **3.5 Verkehrspolitik – Gleichberechtigung von Fahrrad, Auto und gutem Öffentlichen** 165 **Nahverkehr**

166 Wir sprechen uns für eine vernunftgeleitete und gleichberechtigte Herangehensweise bei der  
167 Verkehrspolitik aus. Die ideologiegetriebene Politik der Grünen und der Linken gegen das Auto  
168 lehnen wir ab. Auto-, Fahrrad- und öffentlicher Nahverkehr müssen bei der Planung zunächst  
169 als gleich wichtig berücksichtigt werden. Nach diesem Maßstab soll vor Ort pragmatisch  
170 gehandelt werden.

171 Der öffentliche Personennahverkehr sollte gefördert und durch Sozialtarife attraktiver gemacht  
172 werden. Der ländliche Raum muss fast überall in Niedersachsen besser an öffentliche  
173 Verkehrsmittel angebunden werden.

174

### 175 **3.6 Schule, Bildung und KiTa**

176 Die Kommunen und Regionen haben die Aufgabe, für eine gute Ausstattung der Schulen und  
177 Berufsschulen zu sorgen. Wir fordern, dass die Kommunen alle Anstrengungen unternehmen,  
178 um bauliche Mängel an den Schulgebäuden zu beheben. Die Kommunen müssen dafür sorgen,  
179 dass die Anzahl des Personals in kommunaler Verantwortung, dazu gehören insbesondere die  
180 Hausmeister, Schul-Sozialarbeiter, Reinigungs- und Verwaltungspersonal, den Forderungen der  
181 kommunalen Personalräte entspricht.

182 Zudem muss sichergestellt werden, dass die technische Ausstattung, die Internetverbindungen,  
183 die Ausstattung der naturwissenschaftlichen Labore auf dem neuesten Stand gebracht werden.

184 Es ist die Aufgabe der Kommunen, Kinder und Eltern ausreichend und gute KiTa- und  
185 Krippenplätze zur Verfügung zu stellen. Die Beschäftigten müssen durch bessere  
186 Fachkräfteschlüssel entlastet werden.

187

### 188 **3.7 Frauenschutzräume erhalten und ausbauen**

189 Frauenschutzräume wie Frauenhäuser, Beratungsstellen usw. aber auch Frauentoiletten in  
190 öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum müssen erhalten und ausgebaut werden.  
191 Diese Angebote sollten auch weiterhin Frauen vorbehalten sein.

192

### 193 **3.8 Sport und Kultur**

194 Das Vereinsleben soll durch die Kommunen gefördert werden. Die Mitgliedschaft in Sport- und  
195 anderen Vereinen muss für jeden, insbesondere jedes Kind, leistbar sein. Das sehen wir auch  
196 als eine Aufgabe der Kommunen an.

197 Zur Kultur gehört nicht nur die sogenannte „Hochkultur“. Lokale Feierlichkeiten und Bräuche  
198 sind genauso wichtig und dürfen nicht durch woke Richtlinien eingeengt werden. Politik hat die  
199 Aufgabe, sprichwörtlich und im übertragenen Sinne *Räume* für die Kultur und den kulturellen  
200 Austausch zu schaffen. Die Förderung von Kultur sollte nicht nur auf etablierte Akteure  
201 ausgerichtet sein, sondern auch neues zulassen.

202

### 203 **3.9 Wirtschaftsförderung: Gute Infrastruktur und Bürokratieabbau**

204 Wir fordern ausdrücklich die Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmen  
205 durch Beratung, Finanzierungshilfen oder die Bereitstellung von Gründerzentren als  
206 Anlaufstellen für Fragen und Hilfestellungen. Kommunen können für die Gründungsphase  
207 günstige Vermietungen für gewerbetaugliche Immobilien organisieren. Kommunen sollten bei  
208 der Auftragsvergabe den Unternehmenssitz berücksichtigen und als ein zentrales Kriterium  
209 beachten: Lokale Aufträge für lokale Unternehmen.

210 Wir unterstützen die Ansiedlung von Unternehmen in den Kommunen durch die Bereitstellung  
211 von Gewerbeflächen zu vernünftigen Preisen. Die Kommunen sind dafür mitverantwortlich, dass  
212 eine gute Infrastruktur bereitgestellt wird.

213 Das monströse Ausmaß an Bürokratie geht zu einem Teil auch auf unbedachte Entscheidungen  
214 in den Kommunen zurück. Davon sind alle Bürgerinnen und Bürger betroffen. Betroffen ist das  
215 soziale Zusammenleben von uns allen und das wirtschaftliche Handeln von Arbeitnehmern und  
216 Unternehmern im Besonderen. Das BSW spricht sich gegen zu komplizierte Informations-,  
217 Dokumentations- und Berichtspflichten von Unternehmen, lange Genehmigungsverfahren,  
218 unklare Zuständigkeiten und komplizierte Antragsverfahren bei Sondernutzungsrechten aus. Wir  
219 fordern pragmatische und bürgerfreundliche Lösungen, „weniger ist manchmal mehr“.

220

### 221 **3.10 Städtepartnerschaften – Für Frieden und Völkerverständigung**

222 Die meisten Kommunen pflegen Partnerschaften mit Städten und Gemeinden anderer Länder.  
223 Wir begrüßen solche Partnerschaften mit Kommunen und Städten *aller* Länder. Diese  
224 Partnerschaften fördern den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch. Der Austausch führt zu  
225 gegenseitigem Verständnis und ist damit eine Keimzelle für den Frieden. Wir fordern, dass diese  
226 Partnerschaften nicht abhängig gemacht werden von dem Handeln der Regierungen der  
227 deutschen Partnerkommunen. Die Bürger und die Kommunen sind nicht für deren Handeln  
228 verantwortlich.

229 Das BSW spricht sich für das internationale Netzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den  
230 Frieden) aus.

231

### 232 **3.11 Umwelt- und Klimaschutz**

233 Von allen genannten Politikfeldern wirken sich vor allem der Wohnungsbau und die  
234 Verkehrspolitik auf die Umwelt und das Klima aus. Die sozialen Kosten für Klima- und  
235 Umweltfragen dürfen in diesen Bereichen nicht zu hoch werden. Stattdessen sollten  
236 Ausgleichsmaßnahmen durch Aufforstungsprogramme, die Rekultivierung von Mooren und die  
237 kommunale Förderung von Energiesparmaßnahmen an Gebäuden, genutzt werden.

238

## 239 **4. Landespolitik: Vernunft und Gerechtigkeit für Niedersachsen**

240 Auch den Einzug in den Niedersächsischen Landtag haben wir fest im Blick. Wir werden Ende  
241 nächsten Jahres ein umfassendes landespolitisches Programm erarbeiten. Angesichts der  
242 Bedeutung dieser Themen für unseren Landesverband wollen wir zentrale landespolitische  
243 Themen hier jedoch schon einmal aufwerfen.

244 Dazu gehört auch, dass das Verbrenner-Aus dringend rückgängig gemacht werden muss. Dafür  
245 muss sich die Landesregierung stark machen. Gerade für Niedersachsen ist es wichtig, dass wir  
246 Autos bauen, die auch Absatz finden. Das ist ausdrücklich kein Statement gegen die E-Mobilität,  
247 die selbstverständlich ihren Platz hat. Es ist ein Plädoyer für eine Technologieoffenheit, die wir in  
248 allen Produktionsbereichen brauchen. Technische Innovationen setzen sich durch, wenn die  
249 Käufer sie annehmen.

250 Der neue niedersächsische Ministerpräsident behauptet, das große Aufrüstungsprogramm der  
251 Bundesregierung sei eine große Chance für die niedersächsische Wirtschaft. Diese Position

252 lehnen wir aus zwei Gründen ausdrücklich ab: 1) Die Produktion von Waffensystemen ist kein  
253 nachhaltiges Wirtschaftskonzept. Rüstungsproduktion verursacht lang- und mittelfristig vor  
254 allem Schulden und Kosten, die zulasten der sozialen Aufgaben des Staates gehen werden. 2)  
255 Die konventionelle Aufrüstung beinhaltet die Logik eines Wettrüstens und kann schnell zu einer  
256 sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden, nach der die Waffen in einem Krieg tatsächlich  
257 zum Einsatz kommen. Durch Militarisierung einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen zu  
258 wollen, ist eine Bankrotterklärung.

259 In der Bildungspolitik fordern wir eine Aufwertung der Studien- und Ausbildungsgänge für das  
260 Lehramt und in der Medizin sowie in den Gesundheitsberufen an den Universitäten. In unserer  
261 älter werdenden Gesellschaft brauchen wir eine bürgernahe gute und verlässliche  
262 Gesundheitsversorgung vor Ort. Dazu gehört natürlich gut ausgebildetes Personal.

263 Die kleiner gewordene Anzahl an Kindern und Jugendlichen darf nicht dazu führen, dass Schulen  
264 geschlossen werden. Wir fordern kurze Schulwege, gute Betreuungsschlüssel sowie eine  
265 umfassende Unterrichtsversorgung. Die Lehrpläne an den Schulen müssen vor allem für die  
266 ersten sechs Schuljahre darauf ausgerichtet werden, dass die Schülerinnen und Schüler  
267 grundlegende Fertigkeiten erlernen. Lesen, Schreiben, Rechnen und Textverständnis vermitteln.  
268 Diese Fertigkeiten sind auch notwendig, um später das Lernen in naturwissenschaftlichen und  
269 berufsspezifischen Fächern zu erleichtern.

270 Das Land Niedersachsen muss seinen Aufgaben bei den Investitionen in die Modernisierung von  
271 Krankenhäusern umfassend nachkommen. Die Krankenhausplanung soll in unserem  
272 Flächenland eine ortsnahe Versorgung sicherstellen.

273 Wir fordern eine bessere personelle und materielle Ausstattung von Polizei und Justiz. Eine hohe  
274 Arbeitsbelastung und viele Überstunden sind zum Normalfall geworden. Wir sagen  
275 ausdrücklich: Das ist nicht normal!

276 Im Mittelpunkt der Landwirtschaft in Niedersachsen sollte der bäuerliche Familienbetrieb  
277 stehen. Das wirtschaftliche Umfeld der Landwirte muss so funktionieren, dass sie ihre  
278 Einkommen über die Preise ihrer Produkte erwirtschaften können.